

Frankfurter Rundschau

Politik - 25 | 10 | 2012

NEBENEINKÜNFTE

Transparenz in zehn Stunden



Ein an einer Protestaktion für mehr Transparenz bei den Nebeneinkünften teilnehmender Campact-Aktivist.
Foto: dapd

Von Mira Gajevic

Abgeordnete müssen künftig detaillierter Rechenschaft über ihre Nebeneinkünfte ablegen. Die Koalition aus Union und FDP setzte ein Modell durch, bei dem mehr Stufen als bisher für mehr Transparenz sorgen sollen. Der Opposition geht die Neuregelung dagegen nicht weit genug.

Das neue Stufen-Modell verpflichtet die Abgeordneten, ihre Einnahmen in zehn Stufen ab 1 000 bis über 250.000 Euro anzugeben. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer, lobte die Neuregelung als Grundlage für Transparenz, ohne dass das freie Mandat eingeschränkt werde.

Bislang müssen die Abgeordneten nur angeben, ob sie zwischen 1 000 und 3500 Euro, bis 7000 Euro oder darüber hinaus hinzuverdienen. Konkrete Beträge müssen sie nicht nennen. Angestrebt wird, dass das neue Stufenmodell zu Beginn der neuen Legislaturperiode im Herbst 2013 in Kraft tritt. Dass jetzt alles so schnell geht – immerhin hatte die Opposition schon vor zwei Jahren vergeblich eine transparentere Regelung eingefordert – ist der neu entbrannten Debatte um die Honorare des designierten SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück zu verdanken.

Dieser war in die Kritik geraten, weil er in den vergangenen drei Jahren durch seine Vorträge als Redner mehrere Hunderttausend Euro verdient hat. Steinbrück hatte daraufhin angekündigt, seine Einnahmen öffentlich zu machen – und forderte dies auch von allen anderen ein.

Letztes Wort noch nicht gesprochen

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, kündigte am Donnerstag an, dass der Beschluss der Koalition noch nicht das letzte Wort sei. Union und FDP hätten sich zwar bewegt, seien aber immer noch nicht bereit, echte Transparenz herzustellen, Die Grünen warfen der Koalition Heuchelei vor.

Sie hätten von Steinbrück eine Transparenz verlangt, die sie jetzt nicht für alle gelten lassen wollten. Kritik am neuen Stufenmodell kam von Anti-Korruptionsorganisationen wie Abgeordnetenwatch.de. „Jedes Stufenmodell lädt zur Verschleierung und Stückelung von Nebeneinkünften ein und fördert das Misstrauen in die Politik“, sagte Gregor Hackmack der Berliner Zeitung. Er forderte SPD und Grüne auf, zumindest in den Landesparlamenten, wo sie die Mehrheit haben, eine komplette Offenlegung durchzusetzen.

Laut Berechnungen von Abgeordnetenwatch.de werden auch durch ein 10-Stufen-Modell weitere große Teile der tatsächlichen Nebenverdienste verschleiert. So müsste etwa der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinz Riesenhuber für seine Einkünfte von 298 500 Euro aus diversen Aufsichtsratsmandaten in den Jahren 2009 bis 2011 lediglich einen Verdienst von mindestens 210 000 Euro angeben. Fast ein Drittel seiner Bezüge blieben damit verborgen, kritisierte die Organisation.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/politik/nebeneinkuenfte-transparenz-in-zehn-stunden,1472596,20712022.html>

